

Presseinformation

Ohne Hilfe im Haushalt geht es nicht

Berlin, 30. Juli 2019: „Fast 90 Prozent der privaten Putzkräfte arbeiten illegal“ – so oder ähnlich titelten kürzlich zahlreiche Medien, nachdem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Dominik Enste vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln mit aktuellen Berechnungen die seit Jahren hohe Schwarzmarktquote in deutschen Haushalten erneut bestätigt hatte. So skandalös dieser hohe Anteil illegaler Beschäftigungsverhältnisse auch ist, so wird hierdurch zugleich deutlich: Millionen Haushalte brauchen Hilfe im Alltag! Ohne hauswirtschaftliche Unterstützung geht es nicht – das wissen viele Familien ebenso gut wie zahlreiche Seniorinnen und Senioren.

Mitunter ist die illegale Beschäftigung von Haushaltshilfen aus der Not geboren: Zum einen bieten Minijobberinnen und Minijobber für den Privathaushalt legale Unterstützung, sind jedoch oft schwierig zu finden. Zum anderen stehen die bis zu 3 Millionen Personen, die auf dem Schwarzmarkt tätig sind, auch professionellen Dienstleistungsunternehmen nicht zur Verfügung. Diese beklagen einen Mangel an Fachkräften, was zugleich das Beschäftigungspotenzial dieses Sektors, indem vorrangig Frauen arbeiten, verdeutlicht. Die inzwischen hohe Nachfrage auch nach legalen haushaltsnahen Dienstleistungen kann aus diesem Grund schlicht nicht bedient werden. Im Deutschen Hauswirtschaftsrat vertreten der Bundesverband haushaltsnaher Dienstleistungsunternehmen e.V. (BHDU) sowie die Allianz Haushaltsnaher Dienstleistungswirtschaft e.V. (AHDW) diesen Bereich und schätzen aufgrund der Rückmeldungen ihrer 85 Mitgliedsunternehmen, dass – abhängig vom Standort – jede Woche bis zu 10 Anfragen pro Unternehmen abgewiesen werden müssen. „Viele interessierte Kundinnen und Kunden sind so ratlos, dass sie sich sogar über einen Platz auf einer Warteliste freuen – auch wenn eine Wartezeit von bis zu zwei Jahren damit verbunden ist.“, weiß Wilma Losemann, Vizepräsidentin des Deutschen Hauswirtschaftsrates zu berichten.

Warum machen wir es nicht wie unsere Nachbarn?

Demografische Entwicklungen wie eine weiterhin steigende Frauenerwerbstätigkeit oder der hohe Anteil älterer und alleinlebender Menschen verdeutlichen einen wachsenden Bedarf an Unterstützung im Alltag. Neben den Herausforderungen, denen sich die Anbieter gegenüber sehen, wird dabei immer wieder eine begrenzte Zahlungsfähigkeit privater Haushalte identifiziert, die den ein oder anderen daher ebenfalls auf vermeidlich günstigere Schwarzmarkt-Angebote zurückgreifen lässt. Unsere europäischen Nachbarländer Frankreich und Belgien etwa zeigen bereits seit vielen Jahren eindrucklich, wie sie mit geeigneten Fördermodellen und Zuschüssen vielen Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich legale haushaltsnahe Dienstleistungen leisten zu können, und so den Schwarzmarkt effizient bekämpfen. Zugleich werden dadurch in Belgien professionelle Anbieter, die ihren Angestellten vorrangig sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bieten, darin unterstützt, angemessene Marktpreise durchzusetzen.

Dass eine solche Förderung auch hierzulande wirken kann, zeigt das jüngst beendete Modellprojekt „Fachkräftesicherung über die Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen“ (www.haushaltsnahedienste-bw.de) aus Baden-Württemberg. Dort wurden in zwei Regionen von 2017 bis 2019 Dienstleistungsgutscheine an Personen verteilt, die so gezielt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden konnten. Insgesamt nutzten 376 Frauen und Männer die Subvention in Höhe von 12 Euro pro Dienstleistungsstunde, um sich Unterstützung für den Haushalt zu holen. Die meisten von ihnen gaben an, dass sie ohne finanzielle Hilfe ihre Erwerbsarbeitszeit aufgrund von familiären Belastungen hätten reduzieren müssen. Ebenso konnte rund jeder Fünfte seinen Arbeitsumfang aufstocken. Die Gutscheine konnten bei ausgewählten Dienstleistungsunternehmen eingelöst werden, die wiederum bestimmte Kriterien an gute Arbeitsplätze erfüllten und so von neuer Kundschaft profitierten. Diese und weitere Ergebnisse sind als wertvolle Erfahrungen zu sehen und sollten aufgegriffen werden, um dauerhaft und bundesweit haushaltsnahe Dienstleistungen zu fördern.

Die Bundesregierung muss handeln!

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat fordert daher, keine weitere Zeit zu verlieren und die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen: „Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von erwerbstätigen Eltern, Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegenden Angehörigen durch Zuschüsse für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen. Gleichzeitig fördern wir damit legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, insbesondere von Frauen.“

Hauswirtschaft und haushaltsnahe Dienstleistungen sind die Basis aller Gesellschaften – ohne funktionierenden Haushalt gibt es kein gesundes Aufwachsen für Kinder, keine leistungsfähigen Arbeitskräfte und für viele Menschen keine Möglichkeiten für ein langes selbstständiges Leben im Alter.

Informationen zum Deutschen Hauswirtschaftsrat

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat ist der Zusammenschluss der Akteure in der Domäne Hauswirtschaft. Er ist die politische Interessenvertretung der Hauswirtschaft, der Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft, Partner für die Institutionen der Berufsbildung und für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Seine Akteure kommen aus den Bereichen Verbände und Organisationen, Schulen und Bildungsträger, Einrichtungen der Jugendhilfe, Altenhilfe, Agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen, Beratungsunternehmen, Betriebe der Außer-Haus-Verpflegung, Industrie und Hochschulen.

Pressekontakt

Deutscher Hauswirtschaftsrat
Charlottenstraße 16
10117 Berlin
Beate Imhof-Gildein
Tel.: 0160 93391732
post@hauswirtschaftsrat.de
www.hauswirtschaftsrat.de